

Landrat Markus Möller

Haushaltsrede 2026

– ES GILT DAS GESPROCHENE WORT –

Verehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ich heute am 102. Tag meiner Amtszeit in öffentlicher Sitzung an dieses Pult trete, dann mache ich das im Bewusstsein größtem Respekts. Seit meiner Bewerbungsrede am 4. April und der Vereidigung und Verpflichtung am 18. Juli durfte ich mit Ihnen gemeinsam die Weiterentwicklung dieses stolzen Stauferkreises angehen. Für das gute Miteinander auf den ersten Schritten dieses Weges bin ich dankbar!

Die meiste Zeit verging nicht hier am Pult, sondern – und das war mir von Anfang an wichtig – im Gespräch mit den Menschen, die unseren Kreis prägen. Mit Ihnen, den Kreisrätinnen und Kreisräten. Mit den Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern, mit den Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft, der Bürgerschaft und unseren Mitarbeitenden hier im Haus.

Vieles, was ich kennenlernen durfte, macht Mut für die Zukunft: Der gelungene Bezug des Klinikneubaus – im Blick auf Ausstattung und Technik spielen wir damit in der Champions League. Der Aufbruch im Bereich Künstliche Intelligenz mit dem HIVE, hier in unserer Kreisstadt. Oder, im Alltagsgeschäft, manches Mal unterhalb des Radars, die gelebte Energiewende vor Ort, wie ich sie bei meinem ersten Gemeindebesuch in Drackenstein und Hohenstadt erleben durfte.

Aber: Das Bild mutiger Aufbrüche ist an vielen Stellen getrübt. In vielen Bereichen merken wir – und zwar gesamtgesellschaftlich – dass die Dinge nicht mehr laufen, wie sie sollen. Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg, schon zuvor die Flüchtlingskrise haben wahrnehmbar ihre Spuren hinterlassen. Der wirtschaftliche Motor unseres Landes stottert heftig. Wir sind in einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Rezession. Städte und Gemeinden fehlen Steuereinnahmen. Sie sind nach Jahren der Dauerkrise ohnehin schon am Rand der Überlastung.

Was steckt hinter diesem trüben Bild? Sind es nur externe Krisen, die Konjunktur? Liegt es allein an uns? Fakt ist: Als Deutsche arbeiten wir im internationalen Vergleich zu wenig – gemäß einer Auswertung für das Jahr 2022 beispielweise 470 Stunden im Jahr weniger als die USA (1.341 Stunden gegenüber 1.811 Stunden in den USA). Wir tragen eine extrem hohe Steuer- und Abgabenlast – negativer Platz 2 im OECD-Vergleich. Und wir setzen zu geringe Anreize zur Arbeitsaufnahme. Rund drei Millionen Arbeitslose, steigende Ausgaben für das Bürgergeld, explodierende Sozialtats und hohe Krankheitstage zeigen deutlich: Unsere Probleme sind strukturell.

Dabei ist der Staat nicht überfordert, wir haben zu hohe Erwartungen an den Staat und seine Leistungen! In den letzten 15 Jahren wurde den Menschen suggeriert, dass der Staat alles lösen kann. Die Enttäuschung der Menschen, dass dies seine Leistungsfähigkeit übersteigt, führt zum Abwenden von der Demokratie. Es ist Zeit für Ehrlichkeit: Wir leben in einem fantastischen Land mit umfassender sozialer Absicherung, aber ohne Eigenverantwortung geht es nicht.

Wir harren nach wie vor der vielfach versprochenen Entlastungen von Bund und Land. Es sind anwachsende Aufgaben und Kosten, die Berlin und Stuttgart an die kommunale Ebene weiterreichen, gerade im Sozial-

und Gesundheitsbereich. Dazu kommen wir beim Bürokratieabbau nicht voran. Eine toxische Mischung, die den Landkreistag jüngst veranlasst hat, zehn Kernforderungen und insgesamt 100 Forderungen an eine künftige Landesregierung zu richten. Wir hoffen, dass diese erhört werden! Glauben Sie es? Ich möchte sichergehen, indem wir uns selbst helfen.

Schon in meiner Bewerbungsrede habe ich angekündigt, alles, was der Landkreis leistet, auf den Prüfstand zu stellen. Mit der heutigen Einbringung des Haushalts knüpfe ich hieran an.

Der Haushaltsentwurf 2026, den wir Ihnen heute vorlegen, ist das Ergebnis umfangreichster Vorarbeiten. In sehr kurzer Zeit haben wir grundsätzliche Weichenstellungen erarbeitet. Ich bin dem Kreiskämmerer, Herrn Haas, seinem Team, dem Ersten Landesbeamten, meinen Dezernenten und allen im Haus dankbar, dass wir binnen acht Wochen einen nachhaltigen Vorschlag erstellen konnten.

Warum diese Anstrengungen? Als Landkreis wollen wir ein verlässlicher und ermöglichender Akteur sein. Wir wollen einen Raum bieten für gelebte Gemeinschaft in unseren Städten und Gemeinden. Für Investitionen der Wirtschaft, für gelingende Bildungsbiografien, eine intakte Natur, für Mobilität, die Menschen gut von A nach B bringt. Es geht um die rund 260.000 Menschen im Kreis und ihre Lebensqualität. Dieser Verantwortung können wir nur mit soliden Finanzen gerecht werden. Wir dürfen nicht zulassen, dem Weg zahlreicher Kommunen in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz zu folgen, die aufgrund einer desolaten Schuldensituation einen Gutteil ihrer Handlungsfähigkeit verloren haben.

Dass wir dringenden Handlungsbedarf haben, war schon früh im Jahr klar. Im Verwaltungsausschuss am 21. März wurde für unsere Kreisfinanzen

eine erste Deckungslücke im Umfang von 17,45 Mio. € festgestellt. Bis Ende Juli konnte die Deckungslücke auf -12,7 Mio. € begrenzt werden.

Im Rahmen der Kreistagsklausur am 19. September haben wir Ihnen dann frühzeitig, das war mir wichtig, einen Vorschlag zur Reduzierung des verbliebenen Defizits präsentiert. Dieser Verwaltungsvorschlag zur Haushaltskonsolidierung liegt der Beratungsunterlage als Anlage bei. Der vorgeschlagene Haushalt 2026 hat nun ein Gesamtvolumen von ca. 455 Mio. € (+5,6 Mio. € oder +1,3 %). Im Ergebnishaushalt schlägt für unseren Landkreis nach allen Konsolidierungsrunden ein noch leicht negatives ordentliches Ergebnis von -834.446 € zu Buche.

Wie sind wir vorgegangen? Es ist mir ein zentrales Anliegen, den Städten und Gemeinden im Landkreis Göppingen mit einem vertretbaren Kreisumlagehebesatz Spielraum für die Bewältigung der Herausforderungen vor Ort zu geben. Es bleibt deshalb in unserem Entwurf bei einem KU-Satz von 36,0 %. In Zahlen ausgedrückt steigt das Kreisumlageaufkommen dennoch auf 176 Mio. € – ein Plus von 15 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, vor allem dank höherer Steuerkraftsummen, der Steuermehreinnahmen der Städte und Gemeinden aus 2024.

Schon im Vorfeld haben manche die Kreisumlage zur Diskussion gestellt. Sollten wir hier lieber kräftiger „zulangen“? Und wichtiger noch: Wären dann unsere Probleme gelöst? Ich bin überzeugt, dass dem nicht so ist. Wenn wir wollen, dass in den Kommunen Gehwege, Kitas und Schulen in gutem Zustand erhalten bleiben, dann müssen wir als Landkreis unsere Ausgaben beschränken. Wenn wir wollen, dass Menschen nicht dauerhaft das Vertrauen in die Demokratie verlieren, dann müssen Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben. Sie müssen zeigen können, dass unsere lokale Demokratie Probleme löst.

Um eine gleichbleibende Kreisumlage zu erreichen, aber auch um eine auskömmliche Ergebnisrücklage für den Finanzplanungszeitraum zu sichern, haben wir deshalb im Kreishaushalt angesetzt und Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von insgesamt ca. 16 Mio. € im Haushaltsentwurf berücksichtigt. Zur Wahrheit gehören deshalb deutlich spürbare Einschnitte in der Leistungserbringung. Wir senken Standards, hinterfragen Bestehendes auf Wirksamkeit und Effizienz und gehen sehr kritisch mit unserer Aufgabenlast um.

Der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung ist strukturell und nachhaltig. Wir haben uns an den gesetzlichen Pflichtaufgaben einer Landkreisverwaltung orientiert. Der Grundgedanke der Subsidiarität, wie er unsere Landkreisordnung und insgesamt das Miteinander von Staat und Kommunen prägt, ist mir hier Ankerpunkt. Die Orientierung an Zuständigkeiten schützt vor Aktionismus und enttäuschten Erwartungen. Wir wollen klare Verantwortlichkeiten. Wenn wir den Städten und Gemeinden mehr Geld belassen, können sie selbst über Familientreffs und Schulsozialarbeit entscheiden. Das ist eine strukturelle Änderung gegenüber der bisherigen Landkreispolitik.

Wir werden uns selbst im kommenden Jahr auch mit einer Änderung der Hauptsatzung befassen, die Zuständigkeiten, wo nötig, nachschärft. Sie, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, sollen als Hauptorgan des Landkreises Wirkung entfalten können. Dazu gehören Sitzungen, die fokussiert sind auf die Ihnen obliegenden Entscheidungen.

Im Vorfeld der heutigen Einbringung ist bereits manches gemutmaßt worden: Steuert der Landkreis auf einen Haushalt der sozialen Kälte und der Zumutungen zu? Soll den Menschen gar etwas weggenommen werden? Mit der heutigen Einbringung sehen Sie deutlich: Nein, darum

geht es nicht. Wir halten Maß und Mitte. Dazu gehört aber gerade, die Zuständigkeiten wieder neu und sinnvoll ordnen.

Verfängt angesichts dessen das Narrativ der Benachteiligung der „Schwächsten der Schwachen“ – mit dem in der Substanz jede Reform in Abrede gestellt werden könnte? Ich meine ebenfalls nein.

Werfen wir, wie jüngst bei der Klausur des Kreistags, kurz einen Blick auf andere Landkreise. Angesichts der geschilderten strukturellen Krisen kämpfen alle. Teilweise noch härter als wir. An vielen Stellen ist unser Landkreis nah am bzw. sogar unter dem Landesschnitt. An anderer Stelle weichen wir deutlich nach oben ab, zum Beispiel beim Zuschussbedarf für Krankenhäuser oder der Verschuldung. Einschließlich Krankenhäuser und Eigengesellschaften hatten die baden-württembergischen Landkreise zuletzt einen Schuldenstand von 651 €/Einwohner. Der Kreis Göppingen hat mit 1.096 €/EW einen fast doppelt so hohen Wert.

Für die künftige Gestaltung des Haushalts fühle ich daher die Verpflichtung, einen Vorschlag zu machen, der unsere Lasten nicht in die Zukunft oder auf andere Schultern verlagert. Wir müssen unsere Finanzen von den Aufgaben her denken. Einen globalen Minderaufwand, der auf gut Glück Einsparungen in die Zukunft verschiebt, schließe ich deshalb aus. Wir müssen uns stattdessen ehrlich fragen: Welche Aufgabe können wir noch wahrnehmen, welche nehmen wir anders und schlanker wahr? Welche nicht mehr? Wie viele Aufgaben – und damit auch wie viel Personal – können wir noch verantworten?

Der wesentliche Gelingensfaktor hier ist unser Personal. Es sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Kreisverwaltung ausmachen. Sie sind es, die täglich Lösungen suchen für die Herausforderungen im Landkreis von A wie Abfall bis Z wie Kfz-Zulassung. Dafür an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank! Sie sind Gold wert.

Zurecht erwarten unsere Mitarbeitenden eine angemessene Entlohnung. Tarif und Gesetz geben uns wie jedem öffentlichen Arbeitgeber hier die Linie vor. Aber was heißt das für den Haushalt?

Mit +2,6 Mio. € (+3,5 % ggü. dem Vorjahr) schlägt im kommenden Jahr der Personalaufwand zu Buche. Insgesamt 76,87 Mio. Euro beträgt das Planbudget für die Personalkosten 2026. Dabei erfolgte die Personalkostenhochrechnung noch schärfer als in den Vorjahren. Bereits vorab wurden keine Personalkosten für unbesetzte Poolstellen angesetzt, interne Sperrvermerke wurden verlängert und weitere gesetzt. Befristete Stellen, die 2026 auslaufen, wurden abgegrenzt. Volatile Bedarfe (z. Bsp. in der Abteilung Asyl- und Flüchtlingswesen) wurden noch strikter beplant und nur besetzte Azubi-Stellen hochgerechnet.

Durch pauschale Reduzierung der Personalkosten auf Basis von Erfahrungswerten (z.B. Stellenvakanzen durch Fluktuation und Krankheitsausfälle) konnte das Personalbudget in 2026 im Umfang von 2,1 Mio. € entlastet werden. Außerdem wurden für das Planbudget weitere 1,2 Mio. Euro einmalig in 2026 generiert – durch Strategiegespräche mit den Fachämtern, interne Sperrvermerke und die Streichung von aktuell unbesetzten Stellen, als erster Schritt zu einem perspektivischen aufgabenbezogenen, möglichst sozialverträglichen Abbau von Stellen. Wir sind im Rahmen der Möglichkeiten bereits „all in“ gegangen. Die skizzierte Reduzierung im Umfang von 3,3 Mio. € entspricht rechnerisch rund 50 Stellen. Ein Konsolidierungspotenzial, das wir unmittelbar in 2026 umsetzen. Wir sind damit im ersten Jahr weitergekommen, als ich je gedacht hätte. Ein von mir avisiertes Stelleneinsparprogramm „8 % in acht Jahren“ kann damit in großen Teilen schon vor der Zeit realisiert werden.

Wir benötigen nunmehr eine fortgesetzte Aufgaben- und Standardkritik. Auf dieser, und nur auf dieser Basis, schlage ich dem Kreistag vor, ein

nachhaltiges Stelleneinsparprogramm in Aussicht zu nehmen. Auf Grundlage des Stellenplans 2025 wollen wir bis zum Endes des Jahres 2033 weitere 4 bis 8 Prozent der Stellen im Stellenplan einsparen (intern genannt „8 in 8 Prinzip“). Wenn das Programm umgesetzt wird, ergibt sich damit im Zieljahr ein Einsparpotential von rund 5 Mio. Euro.

Pro Jahr sind dementsprechend 9,7 Stellen einzusparen. Ist dies zu schaffen? Lassen Sie es uns versuchen. Der Versuch erscheint es mir wert, wenn wir einige Prämissen anlegen. Zum einen geben wir Gas bei der Digitalisierung: egal ob virtuelles Amt, die Automatisierung im Bereich Wohngeld oder die Umsetzung von iKFZ in der Zulassungsstelle. Wir müssen außerdem Künstliche Intelligenz nachhaltig in die Verwaltung bringen.

Überdies müssen wir uns auf die grundsätzlichen Zuständigkeiten des Landkreises zurückziehen und insbesondere dort, wo es vertretbar ist, Kontrollen und Belastungen für die Bürger auf ein Mindestmaß zurückführen. Dies bedeutet auch, dass wir im Einzelfall Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in gleichem Umfang aufrechterhalten können.

Und ohne eine Realisierung der sachlichen Einsparvorschläge bei den freiwilligen Aufgaben ist die Personalreduzierung nicht zu schaffen.

Weiter wollen wir uns vornehmen, dass grundsätzlich keine neuen Stellen geschaffen werden – es sei denn, sie werden überwiegend von Bund und Land finanziert, sie tragen sich selbst oder sie sind aus sachlichen oder rechtlichen Gründen zwingend erforderlich. Bedarfe sind dabei innerhalb der Basis des Stellenplans zu decken. Dazu benötigen von Ihnen als Verwaltung gleichwohl Flexibilität in den Tauschmöglichkeiten und im Einzelfall auch in der Wertigkeit von Stellen.

Auf der geschilderten Basis können wir den Stellenplan für das Jahr 2026 bereits um 0,8 Stellen reduzieren, sodass wir auf 966,7 Stellen für 2026 kommen (2025: 967,5). Das erste Mal nach 10 Jahren Aufwuchs reduzieren wir.

Die Verwaltung wird in 2026 ein Abbaukonzept mit Ist-Stand, Prognosen und konkreten Vorschlägen erstellen. Für alle Maßnahmen in Bezug auf das vorgeschlagene Stelleneinsparprogramm gilt zudem: Sie, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, haben hier das letzte Wort. Es können stets andere Schwerpunkte gesetzt werden. Und Sie entscheiden, ob 8% in 8 Jahren kommt. Denn die Verantwortung dafür, dass Aufgaben nicht mehr erfüllt werden, können wir nur gemeinsam tragen.

Dennoch bleibt der Fachkräftemangel ein Faktor. Eine zukunftsorientierte Verwaltung braucht daher so oder so Lösungen, um mit geringerem Personaleinsatz auszukommen. Wir müssen uns deshalb aktiv der Zukunft zuwenden. Gerade als Landratsamt müssen wir hier Vorbild sein: Künstliche Intelligenz muss eben mehr sein als eine Dienstvereinbarung und ChatGPT.

Die Bürgerinnen und Bürger haben – zu Recht – steigende Erwartungen an schnelle und digitale Verwaltungsleistungen. Gesellschaftliche Entwicklungen, technologische Innovationen und rechtliche Vorgaben fordern uns in der Digitalisierung eine kontinuierliche Anpassung ab. Dem stellen wir uns, erwarten dann aber auch, dass digitale Dienstleistungen durch die Menschen angenommen werden.

Aktuelle ineinandergreifende Schwerpunkte in der Projektgruppe Digitalisierung sind deshalb der flächendeckende Rollout der E-Akte (Enaio), der Ausbau der Online-Dienste über service-bw, digitale Workflows und Posteingänge sowie die digitale Signatur. Parallel dazu treibt uns die Sicherstellung und Ausbau der IT-Sicherheit um. Für mich

ist ganz klar: Innovationen in IT und Digitalisierung, insbesondere im Bereich KI, haben trotz der Haushaltslage Vorfahrt.

Meine Damen und Herren,

die schwierige finanzielle Lage des Landkreises Göppingen lässt sich besonders drastisch an der Entwicklung der Ergebnisrücklage ablesen. Erreichte sie im Jahr 2022 mit ca. 78 Mio. € ihren Höchststand, wurde sie in den vergangenen Jahren fast vollständig abgeschmolzen. Zum 31.12.2025 wird sie sich aller Voraussicht nach auf ca. 14 Mio. € belaufen.

Innerhalb von vier Jahren wurden über 83 % der Rücklagen aufgebraucht, die über mehr als eine Dekade erwirtschaftet wurde.

Allein durch die **ALB FILS KLINIKUM** GmbH wurde in der Haushaltsplanung ein Defizit von -13,7 Mio. € angemeldet. Entsprechend den Zusagen der Geschäftsführung findet sich im Haushaltsentwurf 2026 nun nur noch die Summe von 9,0 Mio. €. Dies kam einerseits durch Konsolidierung zustande. Andererseits auch durch einen Verlustvortrag von 1,2 Mio. €, der sich an der Zielerreichung der geplanten Effizienzrendite des Neubaus orientiert. Ein Zielwert, der extrem schwierig zu erreichen sein wird. Als Alleingesellschafter der AFK GmbH verlässt sich der Landkreis darauf, dass die gemachten Zusagen eingehalten werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung von 2027–2029 werden voraussichtlich weitere Defizite der AFK GmbH i.H.v. kumuliert über 40 Mio. € auflaufen.

Bei der Gesundheitsversorgung geht es aber um mehr als Zahlen. Es geht um Verlässlichkeit bei Krankheit, Würde im Alter, die Freude von Geburten und schnelle Hilfe in Not. Die gegenwärtige, historische finanzielle Schieflage in diesem elementaren Bereich kann nicht der Normalfall sein!

Wir fordern deshalb von Bund und Land ein, dass sie ihrer Verantwortung für die Finanzierung der Krankenhäuser vollumfänglich gerecht werden. Immerhin hat die Bundesregierung zuletzt eine Sofort-Transformationsförderung in Höhe von 4 Mrd. € für die Jahre 2025 und 2026 zugesagt. Hiervon profitiert auch die AFK GmbH mit insgesamt 5 Mio. € in 2025 und 2026.

Gleich zu Beginn meiner Amtszeit war es mir eine besondere Freude, Bundesgesundheitsministerin Nina Warken im Neubau des ALB FILS KLINIKUMs begrüßen zu können. „Göppingen war einfach schneller als wir mit unserer Reform“ wurde die Ministerin später zitiert. Göppingen zeige beispielhaft, wie die Krankenhausreform bundesweit funktioniere. Darauf dürfen Sie, verehrte Mitglieder dieses Kreistags, bei allen bleibenden Herausforderungen, stolz sein!

Der mit dem Klinikneubau erfolgte Invest des Landkreises, der Klinik und des Landes (inkl. aller Teilprojekte ca. 0,5 Milliarden €) war in der Tat ein Bekenntnis zu bester medizinischer Versorgung. Bekommen haben Sie, wir alle, ein echtes Flaggschiff! Die Perspektive muss nun umso klarer sein: Wir erwarten neue Prozesseffizienzen, Patientenzufriedenheit, Arbeitgeberattraktivität und die Möglichkeit, ambulant-stationäre Übergänge enger zu verzähnen.

Eine von vornehmerein geplante Effizienzrendite, die durch die neue Klinik entstehen soll, setzen wir deshalb als Maßstab um. Wir werden binnen ein bis zwei Jahren sehen, ob sich die Annahmen bewahrheitet haben. Und wir werden uns in der nächsten Zeit im Aufsichtsrat sehr genau anschauen, woher das Klinikdefizit kommt – und was dagegen zu unternehmen ist. Sind es Rahmenumstände, „politische“ Beschlüsse, oder liegen die Verluste in der Klinik selbst? Wir werden hierzu in 2026 eine externe Begleitung beauftragen.

Lassen Sie uns dabei alles auf den Prüfstand stellen, was es an Beschlüssen gab: Kann dies finanziell von einer Kreisklinik erwartet werden? Ist eine Kreisklinik dafür überhaupt berufen? Wollen wir uns die Finanzierung einer Kurzzeitpflege in der Größenordnung von 300.000–500.000 € leisten? Dies macht kein anderer Landkreis, da er eben nicht dafür zuständig ist. Auch die Medizinischen Versorgungszentren werden wir uns anschauen müssen. Woher kommen deren Defizite im Einzelnen?

Mit den Klinikaltbauten in Göppingen und Geislingen beschäftigen uns zwei weitere Großbaustellen. Ich meine, wir müssen uns frei machen von gedanklichen Altlasten: Zweimal stehen große Klinikgelände mittelbar im Eigentum des Landkreises, zweimal haben wir keine wirklich durchdachten und finanzierten Folgelösungen. Ein Bürger hat das mal knapp zusammengefasst: Aus „Eine Klinik – zwei Standorte“ ist „eine Klinik – zwei ungelöste Nachnutzungen von Immobilien“ geworden.

Beim Altbau in Göppingen wäre es sinnvoll gewesen, zu Beginn des Prozesses abschließend und im Bewusstsein der finanziellen Dimension über die Nachnutzung zu entscheiden. Wir werden dies nun nach einem Faktencheck Ende Januar tun. Und in Geislingen wurde ein von vornherein unrealistisches Konzept beschlossen. Die Abfrage potentieller Interessenten für das bisherige Konzept mit umfangreichem Lastenheft rund um den Erhalt des alten Gebäudes ergab nur eines: Fehlanzeige. Es gab keine Interessenten. Auf Nachfrage wurde uns deutlich signalisiert, dass die Anforderungen viel zu hoch waren. Wir müssen hier den Weg für etwas Neues freimachen. Sowohl tatsächlich als auch finanziell wird dies der bekannte gordische Knoten sein.

Wenn wir beispielsweise Abstriche beim Kaufpreis machen müssen, weil sich sonst niemand findet, dann geht damit eine finanzielle

Sonderbelastung unserer Kreisfinanzen einher. Den gordischen Knoten zu lösen wird also vermutlich auch für den Landkreis seinen Preis haben. Wir sollten dennoch nichts unversucht lassen.

Speziell im Fall der Nachnutzung der ehemaligen Helfenstein Klinik geht es uns doch um die Sicherstellung der Rahmenbedingungen einer guten medizinischen Versorgung für Geislingen und das Obere Filstal. Alles andere, einschließlich des Altgebäudes, stellen wir gemeinsam mit der Stadt Geislingen ohne Emotion auf den Prüfstand. Als Landkreis verbindet uns dabei mit der Stadt Geislingen ein neues Miteinander, das deutlich spürbar und gut im Sinne der Sache wirkt. Im Rahmen der jüngsten Lenkungsgruppensitzung konnten wir folgerichtig erstmals völlig neu und offen weitere Schritte andenken.

Die Entwicklungen im medizinischen Bereich sind aber bei weitem nicht die einzigen Herausforderungen, denen sich der Landkreis stellen muss. Im Bereich **Jugend und Soziales** steigt der Nettoressourcenbedarf von 153,1 Mio. € auf 161,4 Mio. € – ein Anstieg von 8,3 Mio. € bzw. 5,4 % – und das bereits unter Berücksichtigung intensiver Konsolidierungsmaßnahmen. Besonders drastisch stellt sich die Situation in der Jugendhilfe mit einem Plus von ca. 10 % dar. Es war hierzu unumgänglich auch im Bereich Jugend und Soziales genau hinzuschauen und zu priorisieren, was wir uns noch leisten können und für was wir originär zuständig sind. Dennoch ist mir eines wichtig: Der Landkreis Göppingen steht zu seiner sozialen Verantwortung. Er ist weiterhin ein verlässlicher Partner für die zahlreichen Institutionen, Verbände und die Kirchen, die sich im Sozialbereich engagieren. Ihnen gilt, ebenso wie unseren eigenen Mitarbeitenden im Sozial- und Jugendbereich, mein ausdrücklicher Dank. Mit den teilweise nötig gewordenen Kürzungen ist

eines nicht verbunden: Mangelnde Wertschätzung für die Arbeit, die Sie leisten, und für die wir alle und ich persönlich dankbar sind.

Arbeitsfelder wie die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen zeigen, wie essenziell die Arbeit ist, die im Jugend- und Sozialbereich Tag für Tag geleistet wird und warum der Landkreis vieles unter deutlichem Ressourceneinsatz ermöglichen wird. Um Kinder und Jugendliche hier vor teils schweren körperlichen und psychischen Schäden zu schützen, wurden im Haushaltsplan 2025 beispielsweise 2,06 Mio. Euro und für 2026 sogar 2,7 Mio. Euro für den Ausbau der voll ausgelasteten, teils überbelegten Inobhutnahmekapazitäten eingeplant. An Pflichtbereichen für unsere Kinder und Jugendlichen sparen wir nicht.

Kostensteigerungen sehen wir an weiteren Stellen: So steigt die Zahl der Anträge auf Schulbegleitung stark an. Immer mehr Kinder mit psychischen Beeinträchtigungen sind auf Unterstützung angewiesen, damit Unterricht gelingt. Die Schulen machen es nicht, sie können den Bedarf nicht mehr auffangen, obgleich es ihre Aufgabe respektive des Landes wäre. Und der Landkreis wird zunehmend zum Notnagel für ein überlastetes Schulsystem. Die Kosten sprechen dabei eine deutliche Sprache: Im Jugendamt lagen sie 2023 bei rund 774.000 Euro. Für 2026 sind fast 2 Millionen Euro eingeplant. Auch im Kreissozialamt steigen die Aufwendungen hierfür – von 1,48 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 1,72 Millionen Euro allein bis August 2025. Für 2026 sind Mittel i.H.v. rund 3,1 Millionen Euro veranschlagt. Mangels Konnexität durch das Land, bleiben wir auf den steigenden Ausgaben sitzen.

Dabei müssen wir immer wieder prüfen, sind unsere Maßnahmen zielgerichtet und vertretbar. Bei den sozialpädagogischen Familienhilfen sind unsere Aufwendungen von 2019 in Höhe von 2.941.592 € auf 5.045.041 € gestiegen. Warum? Ein Fachcontrolling könnte

möglicherweise helfen die Wirksamkeit und die Zielerreichung zu überprüfen.

Ein sehr hohes Haushaltsrisiko sehen wir zudem im Bereich der Eingliederungshilfe. Die Kosten steigen hier insbesondere durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) seit Jahren kontinuierlich an. Im Haushalt 2026 sind BTHG-bedingte, erstattungsfähige Mehrkosten in Höhe von fast 13,9 Mio. Euro veranschlagt. Diese haben wir bereits vollständig als Einnahmen für 2026 eingeplant. Da mit dem Land jedoch weiterhin nicht alle Punkte des Abrechnungsverfahrens geklärt sind, ist nach aktuellem Stand lediglich von einer Erstattung in Höhe von rund 12 Mio. Euro auszugehen. Wir fordern vom Land daher eine zeitnahe und komplette Erstattung des BTHG-bedingten Mehraufwands.

Bei den Geflüchteten aus der Ukraine schließlich plant die Bundesregierung für ab dem 01.04.2025 eingereiste ukrainische Staatsangehörige wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auszuzahlen statt Bürgergeld. Das ist begrüßenswert. Warum nicht für alle? Die damalige Entscheidung zum Rechtskreiswechsel war falsch.

Im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird wieder eine kommunale Spitzabrechnung für diesen Personenkreis möglich – und damit eine Kostendeckung für den Kreishaushalt. In jedem Fall dürfen wir nicht nachlassen in unseren Bemühungen, dass Geflüchtete, seien sie aus der Ukraine oder aus anderen Ländern, in Deutschland rasch in Arbeit kommen und ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften. Nur so erhalten wir auch die gesellschaftliche Akzeptanz.

Diese Akzeptanz ist ein kostbares Gut. Im Jahr 2024 lebten in Deutschland knapp 6,5 Mio. Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen waren – durch legale Migration, aber eben auch durch

irreguläre. Rund 3,3 Mio. Menschen waren zum Jahresende 2024 in Deutschland als Schutzsuchende registriert. Eine enorme Anzahl. Und ja, wir hatten dabei eine starke Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme, auch das gehört zur Wahrheit dazu. Überdies hat diese schiere Zahl unsere Sozialsysteme erheblich belastet. Im Bereich der Aufnahme von Geflüchteten kamen nicht zuletzt die Kommunen an ihre Grenzen. Dass die Zahlen nun rückläufig sind, ist eine gute Nachricht. Eine Entwicklung, die entsprechend unseres Aufnahmesystems freilich zunächst beim Land, dann bei den Kreisen und erst zeitverzögert bei Städten und Gemeinden ankommt, die mit der Anschlussunterbringung das letzte Glied der Kette bilden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Landkreisfinanzen stehen in einer Wechselbeziehung zur Konjunktur und der Beschäftigungsentwicklung. Ein wichtiger Indikator zur Messung der wirtschaftlichen Lage ist daher die Entwicklung der Steuerkraftsumme. Im Landkreis Göppingen steigt diese um ca. 9,3 % gegenüber dem Vorjahr, was im Landesvergleich (4 %) eine deutlich überdurchschnittliche Entwicklung darstellt. Für den Landkreis bedeutet das ein Plus von 15 Mio. €.

Die Steuerkraftsumme je Einwohner des Landkreises (894 €/Einwohner) liegt noch immer deutlich unter Landesdurchschnitt (1.990 €/Einwohner). Hätte der Landkreis Göppingen den Landesdurchschnitt als Steuerkraftsumme, könnte der KU-Hebesatz ohne Einbußen um 1,83 % gesenkt werden. Diese Betrachtung zeigt sehr eindrücklich, dass wir uns auf die Stärkung der Steuerkraft des Landkreises fokussieren müssen. An Schlüsselzuweisungen erwarten wir 2026 im Übrigen mit 57,5 Mio. € einen Rückgang. Im Vorjahr waren dies noch 62 Mio. €.

Anlass zur Sorge bereit uns aber die Ausgabenseite. Die Aufgabenlast der Landkreise steigt, insbesondere bei den Sozialausgaben, und sie ist zunehmend ohne Gegenfinanzierung. Ob die auf Bundesebene angekündigten Kommissionen und Reformvorhaben, eine echte Entlastung bringen, wird sich zeigen müssen. Auch auf die Wirkungen des angekündigten Wachstumsboosters des Bundes sind wir gespannt.

Die Bundesregierung hat mit ihrem 500 Mrd. €-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Davon gehen 100 Mrd. € an die Länder und ihre Kommunen, hiervon wiederum rund 13 Mrd. € an Baden-Württemberg. Davon können auch die Landkreise profitieren. Gleichwohl wird damit keine strukturelle Verbesserung der Lage verbunden sein. Dort, wo uns wie im Klinik- oder Sozialbereich die Ausgaben davonlaufen, wird das Sondervermögen kaum Wirkung entfalten.

Die Ausgestaltung und Verteilung der zusätzlichen Milliarden sind noch unklar. Durch das Sondervermögen wird aber hoffentlich die allgemeine Konjunkturlage verbessert: Nach einer anhaltenden Rezessionsphase prognostizieren die Wirtschaftsweisen in ihrer jüngsten Konjunkturprognose ein Wirtschaftswachstum für 2026 von 1,5 %. Ein zartes Pflänzchen namens Aufschwung, freilich schuldenfinanziert.

Erst Ende September hat das Göppinger Unternehmen TeamViewer bekanntgegeben, sich der Initiative „Made for Germany“ anzuschließen, und zusammen mit über 100 anderen Firmen die stolze Summe von 735 Mrd. € in den Standort Deutschland zu investieren. Solche Nachrichten wollen wir wieder öfter hören. Wir müssen daher auch selbst aktiv werden und vor allem die Rahmenbedingungen verbessern.

Bereits wenige Tage nach Amtsantritt habe ich mit Verantwortlichen der Städte und Gemeinden Kontakt aufgenommen, um den Zweckverband

Gigabit wieder arbeitsfähig zu machen. Ich sage es ganz klar: Wenn dem Ausbau des Breitbands, des schnellen Internets im Landkreis kein ausreichendes Augenmerk zugewiesen wird, dann verspielen wir unsere Zukunft. Der Zweckverband Gigabit Landkreis Göppingen muss wieder im kooperativen Ausbau mit den Telekommunikationsunternehmen handlungsfähig werden. Seit Anfang September ist hier eine neue Mitarbeiterin aktiv. Zudem ist geplant, nach einem noch zu treffenden Beschluss der Verbandsversammlung, die erforderlichen Schritte zu gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie bei der Wirtschaftsförderung ist es mir wichtig, dass Sie im vorgelegten Haushaltsentwurf, trotz intensiver Konsolidierungsmaßnahmen auch die Chancen erkennen: Der Entwurf enthält eine bedarfsgerechte Investitionstätigkeit. 49,4 Mio. € wird der Landkreis im Jahr 2026 für Investitionen ausgeben, u. a. in Schulen und Straßen sowie in Form einer Ausleihung im Umfang von 18 Mio. € an die AFK GmbH.

Zur Finanzierung unserer eigenen Bauprojekte ist eine Neuverschuldung unumgänglich und auch legitim im Sinne des Substanzerhalts. Hier haben wir 2026 20,68 Mio. € vorgesehen. Die Gesamtverschuldung des Landkreises beträgt damit zum Stichtag 31.12.2026 169 Mio. € ohne Hinzurechnung der Klinik-Schulden am Neubau, mit Hinzurechnung sogar 283,3 Mio. €. Diese Entwicklung der Verschuldung ist besorgniserregend und muss mittelfristig zurückgeführt werden – ein Fakt, auf den nicht zuletzt das Regierungspräsidium Stuttgart in seinem Haushaltserlass zum Haushalt 2025 eindringlich hingewiesen hat. Wir halten deshalb Maß und haben klare investive Prioritäten für 2026 definiert:

Im Investitionsbereich **Bildung** steht die Umsetzung der Schulentwicklung im sonderpädagogischen Bereich im Vordergrund. Die enormen Bedarfe durch steigende Schülerzahlen stellen eine große Herausforderung dar. Umso erfreulicher ist, dass der Neubau der Bodelschwinghschule Geislingen am Zillerstall gut vorankommt und zum Schuljahr 2026/2027 fertig gestellt sein wird. Für dieses Projekt sind im Haushalt 2026 15 Mio. Euro vorgesehen.

Für das Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum in Göppingen ist aus der Fortschreibung der Machbarkeitsstudie noch keine umzusetzende Variante abschließend ausgewählt. Aufgrund des hohen Handlungsdruckes wollen wir die Aufstockung des Erweiterungsbaus der Bodelschwinghschule Göppingen kurzfristig angehen. Für dieses Projekt, mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 6 Mio. Euro, sind im Haushalt 2026 1,25 Mio. Euro für Planung und erste Umsetzungsschritte veranschlagt. Auch für weitere notwendige Provisorien zur Überbrückung sind im Haushalt 2026 Mittel eingeplant.

Hinter die Erfordernisse der Haushaltskonsolidierung müssen die Bemühungen für den Gebäudeunterhalt (knapp 20% weniger im Vergleich zum HH 25) und zur Erreichung der **Klimaneutralität** im Liegenschaftsbereich zurücktreten. Die Umsetzung der Sanierungsfahrpläne verzögert sich, auch im Jahr 2026 können hier angesichts des Konsolidierungsdrucks keine größeren Maßnahmen vorgesehen werden.

Klimaschutz und Klimawandelanpassung behalten dennoch ihre Bedeutung. Der Kreishaushalt 2026 enthält wieder ein Budget für Klimaschutzmaßnahmen, von dem Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere Städte und Gemeinden profitieren. Auch wenn hier gegenüber 2025 rund zehn Prozent der Mittel einzusparen sind, sind wir zusammen

mit unserer Energieagentur in der Lage, gezielt mit Projekten in den Landkreis zu wirken. Dies ist möglich, weil das Land über eine grundständige Finanzierung der Energieagentur selbst Gelder bereitstellt, die den Kreishaushalt entlasten.

Im Bereich der Klimafolgenanpassung hat die Novellierung des Klimaschutzgesetzes des Landes dazu geführt, dass dieser Bereich für den Landkreis eine Pflichtaufgabe geworden ist, die er grundsätzlich auch für die Kommunen des Landkreises zu übernehmen hat. Für diese Aufgabe kommt das Land mit entsprechenden Konnexitätsmitteln seiner Finanzierungsverantwortung nach.

Im Investitionsbereich **Straßen** ist der Ausbau der K 1412 zwischen Uhingen-Diegelsberg und Krapfenreut hervorzuheben. Vorbehaltlich des Erfolges beim Grunderwerb sind 755.000 Euro als Baurate für 2026 eingeplant. Durch die Konsolidierungen strecken wir auch andere Maßnahmen wie z.B. den Ersatzneubau der K 1448 zwischen Bad Ditzenbach und Auendorf. Insgesamt wendet der Landkreis 2026 für den Um- und Ausbau sowie die Erhaltung von Kreisstraßen 4,963 Mio. EUR (2025/Plan 5,904 Mio. EUR;) und liegt damit ca. 16 % unter dem Niveau vom Jahr 2025.

Bei Erhalt und Ausbau der **Mobilitätsinfrastruktur** sind neben dem Landkreis aber vor allem das Land und der Bund in der Pflicht. Ich sage es ganz offen: Ich war schockiert, als beim rechtskräftig planfestgestellten und fest zugesagten Ausbau des Albaufstiegs der A8 im September plötzlich wieder die Finanzierung zur Diskussion stand. Trotz 500 Mrd. €-Sondervermögen und Rekordschulden. Umso wichtiger dann gestern die Nachricht aus Berlin: Der A8-Albaufstieg soll nun tatsächlich finanziert werden. Ich bin froh, dass die Appelle aus der Raumschaft Gehör gefunden haben. Gemeinsamen mit den Bürgermeistern und der Bevölkerung vor Ort

vertraue ich fest darauf, dass sich die neuerliche Zusage auch im Bundeshaushalt niederschlägt und das Jahr 2027 dann wirklich zum Jahr des Spatenstichs wird. Die A 8 wie im Übrigen auch der Weiterbau der B 10 bis Geislingen/Ost haben auch künftig unsere und meine persönliche höchste Priorität.

Neben der Straße braucht es zudem einen starken ÖPNV. Ich bin persönlich ein großer Fan des ÖPNV und nutze ihn fast täglich. Deshalb braucht es schnellstmöglich eine Wiederherstellung der notwendigen Betriebsstabilität auf der Schiene. MEX und RE sind aus meiner Sicht die passgenauen Angebote für das Filstal. Entsprechend müssen wir genau hinschauen, wie das mit den S-Bahn-Plänen des Verbandes Region Stuttgart zusammenpasst.

Wir werden im Rahmen der Bus-Ausschreibungen alle Möglichkeiten heranziehen, ein gutes Angebot zu vertretbaren Preisen sicherzustellen. Dabei wollen wir die gesamte Bandbreite nutzen, die Sie uns im Nahverkehrsplan und den begleitenden Beschlüssen gegeben haben. Der Rahmen ist gesetzt und an dieser grundsätzlichen Entscheidung, die der Kreistag in Kenntnis der Mehrkosten im Millionenbereich getroffen hat, kann und möchte ich nichts mehr ändern.

Ab 2027 wirken die Vergabeergebnisse im Zusammenhang mit dem neuen Nahverkehrsplan dann aber voll. Stand heute gehen wir davon aus, dass ein Finanzierungsmehrbetrag von ca. +3 Mio. €/p.a. zu finanzieren sein wird; wohlgemerkt: in Kenntnis der Umsetzung lediglich des aktuellen „Status Quo“.

Im Busverkehr können wir mit der Entwicklung bei der Vergabe der beiden ersten Bündel bisher sehr zufrieden sein. Dies gilt trotz immanenter Teuerungen beim Busverkehr, ausgelöst durch die Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetzes und Kostensteigerungen

beim Personal. Wir hoffen, dass sich durch den schrittweisen Wegfall teurer Altverkehre sogar kleine Spielräume für unseren Haushalt ergeben.

Ein Vergleich mit anderen Landkreisen im Land zeigt aber auch: Unsere Aufwendungen für den ÖPNV pro Kopf sind seit der VVS-Vollintegration außergewöhnlich hoch. Im **Ergebnishaushalt** gehen wir für den Bereich ÖPNV und Schülerbeförderung im Jahr 2025 von einem Nettoressourcenbedarf von 0,65 €/EW aus. Im Finanzhaushalt sind wir ebenfalls bei diesen 0,65 €/EW. Dies ist der vierthöchste bzw. sogar dritthöchste Defizitwert im Landesvergleich – getoppt nur noch von anderen Landkreisen aus dem VVS.

Wir müssen diesen Faktor deshalb genau im Auge behalten und bedarfsorientiert vorgehen. Ein Beispiel ist der VVS Rider. Zunächst betrifft dies das Klinik-Shuttle. Ab 2027 stellt sich die generelle Frage, wie es mit diesem On-demand-System weitergeht.

Ein finanziell wichtiger Punkt betrifft schließlich die Regelungen bei der Schülerbeförderung. Ich erwähne – und hierzu beraten wir auch später unter TOP 8 – die Drittekindregelung ebenso wie die Erhöhung der Eigenanteile bei den freigestellten Verkehren. Hier greifen finanziell unvermeidliche Anpassungen. Auch im Radverkehr müssen wir realistisch sein: Nachdem die Planungen für den Radschnellweg RS14 aller Voraussicht nach 2026 abgeschlossen sein werden, gibt es für die Umsetzung der Bauabschnitte in kommunaler Trägerschaft derzeit keinen Spielraum im Kreishaushalt.

Mit dem Kreishaushalt wird Ihnen heute der Wirtschaftsplan 2026 der AFK GmbH zur Kenntnis gegeben und der Wirtschaftsplan 2026 des **Eigenbetriebs Abfallwirtschaft** eingebracht. Schwerpunkt des kommenden Jahres wird beim AWB die Einführung der braunen Küchenbio-Tonne sein. Diese löst 2027 den blauen Biobeutel ab. Das

Thema ist, bezogen auf die Verwertung der Küchenabfälle, später gesondert auf der Tagesordnung. Der AWB plant für die neue Tonne eine umfassende Informationskampagne. Was die Abfallgebühren anbelangt, so haben wir mit der 2024 beschlossenen zweijährigen Gebührenkalkulation auch 2026 stabile Abfallgebühren – im Übrigen erheblich unter Landesdurchschnitt.

Auch ich hätte mir meinen ersten Haushaltsentwurf als Landrat anders vorgestellt. Weniger einschneidend, wenn es die Lage zugelassen hätte. Oder sogar gestaltend. Wie stark wäre das Aufbruchsignal eines Digitalisierungszentrums für den Landkreis Göppingen? Eines Leuchtturmprojekts in der Wirtschaftsförderung etc.? Wie aber soll so etwas in der gegenwärtigen Zeit noch möglich sein, wenn selbst den historisch wirtschaftsstarken Landkreisen in Baden-Württemberg die Luft ausgeht?

Der Blick auf das, was entsprechend unseres Haushaltsentwurfs geht, und, das was nicht mehr geht, ist deshalb nun vor allem eines: Ein ehrlicher Vorschlag, mit dem Ziel, die Finanzen des Landkreises tragfähig zu halten – und Kreis, Städte und Gemeinden auch im kommenden Jahr handlungsfähig. In der Verbindung mit den vorgeschlagenen Kürzungen tut mir dies im Herzen leid.

Wir haben es uns wirklich nicht leichtgemacht. Viel einfacher wäre es gewesen, Ihnen den Status Quo zu empfehlen, sanft fortgeschrieben auf Kosten einer steigenden Kreisumlage, einer absehbar aufgebrauchten Rücklage und mehr Schulden. Und dann? Ich bin überzeugt, dass dieser Weg nicht in die Zukunft führt. Mit meinem Dank an alle, die an der Erarbeitung mitgewirkt haben, verbinde ich einen Dank an das gesamte Haus: Die Mitarbeiterschaft hier im Landratsamt, auf die ich bereits in den

ersten Wochen im Amt verlässlich zählen konnte und die jeden Tag aufs Neue zeigt, dass ohne sie „kein Kreis zu machen“ ist.

Schließlich ist der heute eingebrachte Haushaltsentwurf eben dies: Ein Entwurf, ein Vorschlag. Sie, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, entscheiden in voller Souveränität. Nichts ist dabei alternativlos. Sie, und nur Sie entscheiden, was für ein Landkreis wir sein wollen. Mir war es wichtig, mein Versprechen einzulösen und einen Vorschlag vorzulegen, der einen denkbaren Weg in die Zukunft weist. Mein Weg orientiert sich am Grundsatz der Subsidiarität, und dazu ist es notwendig, die Strukturen zu verändern. Und ich möchte Sie anregen zur konstruktiven, gerne auch kritischen Auseinandersetzung mit unserem Vorschlag, wie dies bei der Klausur des Kreistags begonnen hat. Angesichts der Rahmenbedingungen wird freilich jeder Änderungsvorschlag Ihrerseits nicht ohne einen Refinanzierungsvorschlag auskommen können.

Mir ist klar, dass der heute vorgelegte Vorschlag manche Diskussion hervorrufen wird. Aber trotz allem sehen und nutzen wir die Chancen, die das Jahr 2026 für unseren Landkreis bringen wird. Sei es nur die Fertigstellung der neuen Bodenschwinghschule in Geislingen oder der Start im neuen Bildungszentrum des ALB FILS KLINIKUMS in Göppingen: überall im Landkreis treffe ich auf Menschen, die zupacken. Der Landkreis Göppingen muss und wird ein ermöglichernder Landkreis sein – mit Investitionen in Bildung und Infrastruktur, mit einer Verwaltung, die das Wesentliche im Blick behält, und mit Finanzen, auf die unsere Kinder und Enkel noch bauen können.

Lassen Sie uns deshalb, und da spreche ich die Gesellschaft als Ganze an, mit Anstand, mit Respekt, sachlich und ohne Populismus um die richtige Lösung ringen. Zu viel Streit, der sich auch ins Persönliche hinein entwickelt hat, hat es um die Klinikschließung in Geislingen gegeben.

Arbeiten wir deshalb zum Wohle unseres Landkreises zusammen! Dazu möchte ich mit der Einbringung meines ersten Haushaltsentwurfs einladen. Ich freue mich, wenn Sie die Einladung annehmen.

Vielen Dank.